



Präsentation der Studie „Wirtschafts- und Industriespionage in österreichischen Unternehmen 2015“: BK-Direktor Franz Lang, BVT-Direktor Peter Gridling, IV-Vizegeneralsekretär Peter Koren, FH-Professor Martin Langer, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Maximilian Burger-Scheidlin (WKÖ), Generaldirektor Konrad Kogler, BVT-Abteilungsleiter Martin Weiss.

# Wettbewerbsvorteil durch Spionage

**Wirtschafts- und Industriespionage verursachen jährlich einen Schaden von einer Milliarde Euro. Mit dem unmittelbaren finanziellen Schaden ist oft der Verlust von Aufträgen und Kunden verbunden.**

**E**in österreichisches Unternehmen stellte eine Mitarbeiterin aus dem Ausland an, die aufgrund ihrer Sprachenkenntnisse die Vertriebsleitung übernahm. Nach einigen Monaten erschien die Mitarbeiterin nicht mehr am Arbeitsplatz. Bei einer internen Überprüfung stellte sich heraus, dass von ihrem Arbeitsplatz aus sämtliche Kunden- und Lieferantendaten sowie Produktionspläne an eine E-Mail-Adresse ihres Herkunftslandes übermittelt worden waren. Dieser Fall ist einer von vielen Fällen von Wirtschafts- und Industriespionage in Österreich.

Eine vom Innenministerium in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass jedes österreichische Unternehmen von Wirtschafts- und Industriespionage betroffen sein kann. 5,1 Prozent der befragten Unternehmensvertreter gaben an, dass ihr Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren mindestens einmal Opfer von Wirtschafts- und Industriespionage war. Ein Drittel der Vorfälle betraf Industriebetriebe. Viele Unternehmen waren mehrmals betroffen. Neben den finanziellen Einbußen durch Spionage

kommen weitere Nachteile dazu: Mittel- bis langfristige Folgen sind oft der Verlust von Kunden und Aufträgen sowie die Schädigung des Unternehmensansehens.

„Sicherheit und Wirtschaft stehen in einer engen wechselseitigen Beziehung“, sagte Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner bei der Präsentation der Studie am 20. Jänner 2016 vor Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft. „Wenn wir den Schutz unserer Unternehmen, unserer Wirtschaft nicht garantieren können, kann das Folgen für die gesamte Volkswirtschaft haben. Das kann ein Risiko für die soziale Sicherheit in unserem Land sein.“

Die Studie belegt, dass nur jeder vierte Fall von Wirtschafts- und Industriespionage den Behörden gemeldet wird. Hauptgründe sind eine geringe Erwartungshaltung bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung sowie die mangelnde Beweislage. Fast jeder dritte Befragte findet, dass die Behörden rechtlich unzureichende Möglichkeiten zur Ahndung von Wirtschafts- und Industriespionage haben.

**Die größte Schwachstelle** ist laut der Studie der Mensch und nicht die Technik. Die persönliche Informationsweitergabe überwiegt IT-basierten Angriffen von außen. In der Hälfte der Spionagefälle kommen Mitbewerber als Täter in Frage. Nur zwölf Prozent der befragten Unternehmensvertreter beschäftigen eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter, die oder der für Risiko- und Sicherheitsmanagement gegen Wirtschafts- und Industriespionage verantwortlich ist.

**Die Studie** wurde 2015 von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der *FH Campus Wien* erstellt – mit Unterstützung der *Wirtschaftskammer Österreich* und der *Industriellenvereinigung*. Verantwortliche von 1.149 Unternehmen aus Industrie und 19 weiteren Branchen beteiligten sich an der Studie. *Monika Lemmerer*

Die Studie ist abrufbar unter [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at) (Bereich Aufgabengebiete/Verfassungsschutz/Wirtschafts- und Industriespionage).